



**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. Juni 2012 (19.06)  
(OR. en)**

**11224/12**

**ECOFIN 572  
ETS 18  
COMPET 416  
MI 428**

**I/A-PUNKT-VERMERK**

---

des	Generalsekretariats
für die	Delegationen
Betr.:	Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Binnenmarkt für Dienstleistungen

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage einen Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Binnenmarkt für Dienstleistungen.

Der AStV wird ersucht,

- das Einvernehmen über den in der Anlage wiedergegebenen Text zu bestätigen und
- ihn dem Rat (Wirtschaft und Finanzen) auf seiner Tagung am 22. Juni 2012 zur Annahme als A-Punkt vorzulegen.

Anl.:

---

12. Juni 2012

**Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zum Binnenmarkt für Dienstleistungen**

*(im Anschluss an die Sitzung des Wirtschafts- und Finanzausschusses vom 12./13. Juni)*

1. Ein gut funktionierender und wirklich integrierter Binnenmarkt für Dienstleistungen ist ein Schlüsselinstrument, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und allgemeiner mehr Wachstumspotenzial und Beschäftigung in der EU zu erschließen. In dieser Hinsicht war die Annahme und anschließende Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie ein Meilenstein, indem damit ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Hemmnisse abgebaut, der Rechtsrahmen vereinfacht und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung in den Mitgliedstaaten gefördert wurde. Durch den umfassenderen Abbau ungerechtfertigter oder unverhältnismäßiger Hemmnisse auf einzelstaatlicher Ebene – der in Zeiten verhaltenen Wirtschaftswachstums von herausragender Bedeutung ist – könnten jedoch noch weitere Fortschritte erzielt werden. Der Rat BEGRÜSST daher, dass die Kommission den Schlussfolgerungen des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 16. Februar 2010 zur Vertiefung des EU-Binnenmarkts nachgekommen ist und eine Evaluierung der Auswirkungen durch die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie auf die Wirtschaft vorgenommen hat.

2. Der Rat NIMMT ZUR KENNTNIS, dass die derzeitige Umsetzung der Richtlinie nach den Ergebnissen der Kommissionsstudie für einen beträchtlichen Zuwachs des BIP um bis zu 0,8 % im EU-Durchschnitt gesorgt hat. Aus der Studie geht jedoch auch hervor, dass mit einer weitreichenderen Umsetzung ein weiterer Anstieg des BIP um bis zu 1,8 % sowie des Handelsvolumens und der ausländischen Direktinvestitionen erzielt werden könnte. Dies ist auf die Unterschiede beim Stand der Umsetzung sowie bei den Rechtssystemen und -traditionen in den einzelnen Mitgliedstaaten sowie – trotz der für 2009 gesetzten Frist – die nach wie vor unvollständige Umsetzung in einigen Ländern zurückzuführen, was zu einer künstlichen Segmentierung des Marktes, eingeschränktem Wettbewerb und unzureichend genutzten Größen- und Reichweitenvorteilen im EU-Binnenmarkt für Dienstleistungen geführt hat. Vor diesem Hintergrund ERINNERT der Rat daran, wie wichtig es ist, dass die geltenden Bestimmungen der Richtlinie – insbesondere im Hinblick auf Dienstleistungen für Unternehmen und freiberufliche Dienstleistungen, das Baugewerbe, den Tourismussektor und den Handel – konsequent umgesetzt und gegebenenfalls noch bestehende ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Hindernisse auf einzelstaatlicher Ebene, wie sie bei der gegenseitigen Evaluierung festgestellt wurden, weiter ausgeräumt werden, nicht zuletzt im Hinblick auf bestimmten Berufsgruppen vorbehaltene Tätigkeiten, Berufsqualifikationen, Beteiligungsverhältnisse, Anforderungen an Rechtsformen und Versicherungspflichten. Solche Hindernisse stehen in den von der Richtlinie erfassten Dienstleistungssektoren nicht nur dem internationalen Handel und Auslandsinvestitionen im Wege, sondern behindern auch die heimische Produktion.
3. In ihrer Studie hat die Kommission zudem festgestellt, dass auch im Inland wirtschaftliche Zuwächse zu verzeichnen sind, nämlich durch die Direktwirkung, die der Abbau noch bestehender restriktiver und wettbewerbsfeindlicher Regelungen und die von den Mitgliedstaaten unternommenen, weitreichenden Bemühungen um Vereinfachung, etwa die Einrichtung einheitlicher Anlaufstellen, auf heimische Unternehmen haben. Der Rat HEBT daher HERVOR, wie wichtig es ist, dass die Mitgliedstaaten ihren für den Dienstleistungsbereich im eigenen Markt geltenden Rechtsrahmen im Hinblick darauf, größtmöglichen Gewinn aus der Dienstleistungsrichtlinie zu ziehen, weiter verbessern.
4. Ferner müssen die EU-Vorschriften eindeutig und kohärent sein, damit sie Bürgern wie Unternehmen die Rechtssicherheit bieten, die sie benötigen, um Dienstleistungen auch grenzüberschreitend so kaufen bzw. verkaufen zu können, wie sie es auf ihren jeweiligen Inlandsmärkten tun. Der Rat BEGRÜSST daher die Absicht der Kommission, Orientierungshilfe zur Frage der Nichtdiskriminierung gemäß Artikel 20 der Dienstleistungsrichtlinie zu geben.

5. Der Rat HEBT HERVOR, dass weitere Liberalisierungsbemühungen durch eine verstärkte Binnennachfrage und ein größeres Wachstumspotenzial in allen Mitgliedstaaten auch der Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte innerhalb der EU-Länder zugute kommen können. So würden mehr Anpassung und Wachstum in den Dienstleistungssektoren, die durch die Beseitigung von ungerechtfertigten Zutrittsschranken und von Vorschriften, die den Wettbewerb und die Verbesserung des Unternehmensumfelds behindern, entstünden, die laufenden strukturellen Anpassungen in einigen Mitgliedstaaten unterstützen und Arbeitsplatzverluste in anderen Sektoren kompensieren.
6. Schließlich HEBT der Rat HERVOR, dass wachstumsfördernde strukturelle Reformen für alle Mitgliedstaaten höchste politische Priorität haben sollten. Der Binnenmarkt ist nach wie vor eines der wichtigsten Instrumente, die der EU zur Verfügung stehen, um Wachstum in Europa zu erzeugen. Der Rat BETONT in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, dass die in der ersten Binnenmarktakte vorgesehenen Maßnahmen rasch angenommen, sämtliche Rechtsvorschriften zum Binnenmarkt ordnungsgemäß und fristgerecht umgesetzt und die Rechtsvorschriften im Hinblick auf Qualität und Kohärenz verbessert werden. Angebotsseitige, den Marktwettbewerb anregende Maßnahmen wie die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie sind erforderlich, um die Effizienz und Flexibilität der Märkte zu unterstützen und Wachstum zu fördern. Der Rat FORDERT die Mitgliedstaaten und die Kommission ferner auf, das Steuerungs- und Durchsetzungspotenzial des Binnenmarkts für Dienstleistungen auszubauen und Initiativen in diesem Bereich Priorität einzuräumen. In dieser Hinsicht BEGRÜSST der Rat den Bericht und die Vorschläge zur Dienstleistungsrichtlinie, die die Kommission für die Tagung des Europäischen Rates im Juni vorgelegt hat. Der Rat FORDERT die Kommission AUF, im Rahmen der zweiten Binnenmarktakte weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Dienstleistungsmärkte vorzuschlagen, insbesondere was die auf Netz-Infrastruktur beruhenden Dienstleistungen betrifft. Schließlich HEBT der Rat HERVOR, dass Reformen mit kurz- bis mittelfristigem Wachstumsgewinn – wie die Verbesserung der für Dienstleistungssektoren geltenden Vorschriften –, die mit den laufenden Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung in der EU im Einklang stehen, vorrangig betrieben werden sollten.